

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 6. März 2010 · Nr. 55/9 D 1

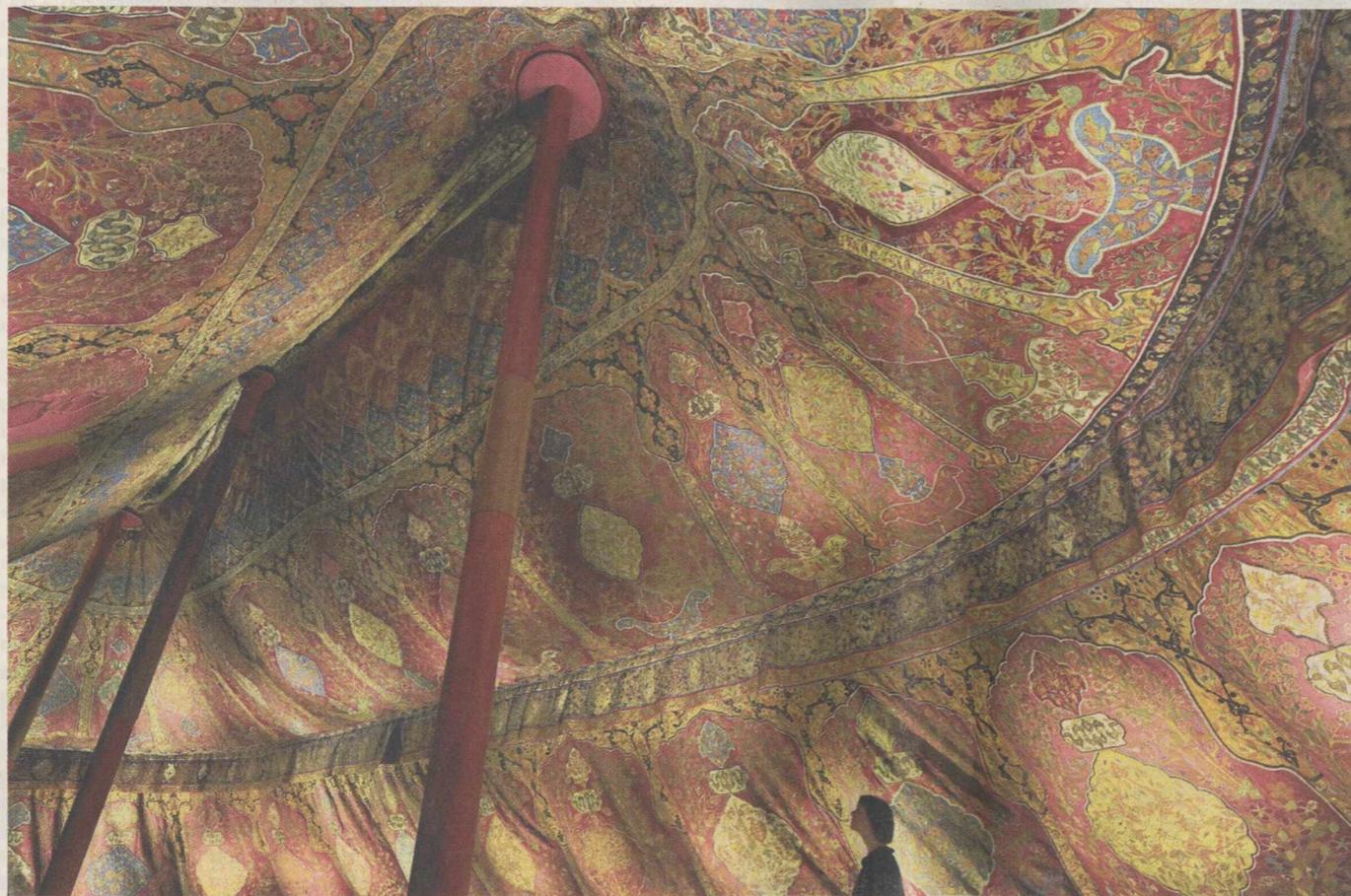
HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,10 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Merkel: Athen auf dem richtigen Weg

ban. BERLIN, 5. März. Die Bundesregierung bewertet die Maßnahmen der griechischen Regierung zur Bewältigung der Finanzkrise dort als „gläubwürdiges Vorgehen auf dem Weg zur Konsolidierung der griechischen Staatsfinanzen“. Sie sei überzeugt, „dass Griechenland auf dem richtigen Weg ist“, beschrieb Regierungssprecher Wilhelm die Auffassung von Bundeskanzlerin Merkel. Es wurde gewürdigt, dass die neue griechische Staatsanleihe von den Märkten positiv aufgenommen worden sei. Frau Merkel empfing am Freitagabend Ministerpräsident Papan-dreou zu einem Gespräch im Bundeskanzleramt. Bei Protesten gegen die Sparpolitik in Griechenland kam es am Freitag zu schweren Zusammenstößen. Polizisten setzten Tränengas und Blendgranaten gegen Demonstranten ein, die vor dem Parlament mit Steinen warfen. Im Zentrum von Athen gingen mehrere tausend Menschen auf die Straße. Ein weiterer Streik legte am Freitag den öffentlichen Nahverkehr, Schulen und Krankenhäuser lahm. (Siehe Seiten 3 und 8 sowie Wirtschaft, Seite 13.)

Türkische Nacht



Auferstanden – Vor 1945 war die „Türkische Cammer“ eine Hauptattraktion der Dresdner Museen. Die bis ins 16. Jahrhundert zurückreichende Sammlung umfasste osmanische Prunkwaffen, Rüstungen und Kostüme. Sie gelangten teils als Beute der Türkenkriege, teils als Geschenke der „Hohen Pfor-

te“ an den Dresdner Hof. Im dortigen Schloss wird morgen die lange eingelagerte Türkische Cammer wiedereröffnet. Im suggestivem Halbdunkel und unter dem Goldhimmel des hier gezeigten riesigen Staatszelts von 1650 funkeln die restaurierten Pretiosen faszinierender denn je, auch auf Seite 31. Foto ZB

Unter Blinden

Von Heike Göbel

Eine ordentliche Summe präsentieren die Haushälter der Koalition stolz am Ende nächtlicher Beratungen. Um 5,9 Milliarden Euro haben sie die geplanten Ausgaben des Bundes für dieses Jahr gekürzt. Das klingt ehrgeiziger, als es ist, fiel doch der größere Teil der „Ersparnis“ den Haushältern quasi in den Schoß, weil sich die Arbeitsmarktlage so weit gebessert hat, dass der ohnehin fragwürdige und üppig bemessene neue Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit verringert werden konnte. Trotzdem genehmigt sich die schwarz-gelbe Bundesregierung so viele neue Schulden wie keine ihrer Vorgängerinnen. Mehr als 80 Milliarden Euro sieht das Haushaltsgesetz vor, die in Schattenfonds versteckten beachtlichen Risiken nicht mitgezählt.

Die Bundeskanzlerin macht es sich zu einfach, wenn sie das gesamte Defizit jetzt noch mit der „Krise“ begründet. Gewiss lässt sich ein nennenswerter Teil der neuen Schulden mit den Nachwirkungen der schweren Rezession begründen. Doch zeigt die bürgerliche Koalition eben auch weiterhin frappierend wenig Eile und Willen, die

durch die günstigere Wirtschaftslage entstehenden Spielräume zur Schuldensenkung auszuschöpfen. Lieber schiebt man neue kostenträchtige Vorhaben an und verlängert so noch ein wenig die Gunst einer Stunde, in der das Schuldenmachen zur Staatsräson wurde. Im derzeitigen Umfeld hoher und höchster Staatsverschuldung steht Deutschland trotz des Rekorddefizits noch ganz gut da. Unter den Blinden ist der Einäugige König.

Und hat man nun nicht eine „harte“ Schuldenbremse im Grundgesetz, die schon dafür sorgen wird, dass beizeiten alles ins Lot kommt? Ihren Test muss die neue Bremse erst noch bestehen. Es erweckt nicht gerade Vertrauen, dass der Bundesfinanzminister keinen Blick über 2010 hinaus riskiert und die mittelfristige Finanzplanung verweigert. Kein Wunder, dass die Bundesbank jetzt wieder mahnte, die beachtlichen Gestaltungsmöglichkeiten der Schuldenbremse nicht auszunutzen und das Gesetz „strikt“ anzuwenden. Selbst wenn die Bundesregierung diesen Rat beherzigte, wären die erforderlichen Maßnahmen weit von jenen Schritten entfernt, zu denen Iren, Spanier oder Griechen durch die Finanzmärkte gezwungen werden. Diese Beispiele sollten eine Warnung sein: Je früher sie die Sanierung beginnt, desto erträglicher sind ihre Folgen für die Bürger.

Laufmaschine aus dem Netz

Fashion-Blogger verschaffen der Modebranche endlich den Auftritt, den sie sich wünscht. Sie sind keine Journalisten, sondern Fans und leicht zu beeindrucken. **Feuilleton, Seite 40**

Unterstützung für Pflegezeit

Auch die Bundeskanzlerin findet Gefallen am Vorschlag von Familienministerin Schröder, mit einer zweijährigen Familien-Pflegezeit die häusliche Pflege von Angehörigen zu erleichtern. **Politik, Seite 2**

FDP will Königshaus

Als Nachfolger für Reinhold Robbe als Wehrbeauftragter des Bundestages konnten sich die Freien Demokraten eine Reihe von Abgeordneten vorstellen. Ein Jurist aus Berlin soll es nun werden. **Politik, Seite 4**

Referendum in Island

Nach dem Kollaps seiner Banken ist das Land in Not geraten. Heute stimmen die Bürger über ein Gesetz ab, dass die Rückzahlung von fast vier Milliarden Euro Auslandsschulden regelt. **Wirtschaft, Seite 12**

Geschäftsgrundlage Risiko

Zehn Jahre nach dem Börsengang von Borussia Dortmund denkt kein Bundesliga-Klub mehr daran, Aktien auszugeben. Die Finanzierung des Betriebs kann auch so die Nerven strapazieren. **Sport, Seite 30**

Das „Luisenjahr“ beginnt

Prinzessin Diana war magersüchtig, aber Königin Luise hätte die Prinzregententorte gemocht. Sie war nur noch nicht erfunden. Eine Ausstellung im Zuckerbäckerstil. **Feuilleton, Seite 33**

Nutze Körper und Geist!

Wir werden immer älter – und das bedeutet, dass sich unsere Gesellschaft darüber immer mehr Gedanken machen muss. Aber die Herausforderungen des Alterns sind nicht neu. **Bilder und Zeiten, Seite Z 1**

Mitteilung des Verlags:

19 Seiten Stellenanzeigen von Seite C 4 an; Anzeigen Unterricht – Weiterbildung – Seminare auf Seite C 24.

Druckauflage: 525 147 Exemplare

Haushaltsausschuss kürzt Ausgaben um knapp 6 Milliarden Euro

Es bleibt bei mehr als 80 Milliarden Euro Neuverschuldung / „Folgen der Krise“

mas./enn. BERLIN, 5. März. Der Bund kann dieses Jahr 319,5 Milliarden Euro ausgeben und wird sich dafür mit 80,2 Milliarden Euro neu verschulden. Das hat der Haushaltsausschuss des Bundestages in der Nacht zu Freitag mit den Stimmen von Union und FDP gegen die Stimmen der Oppositionsfractionen beschlossen. Die Regierung hatte eine Nettokreditaufnahme von 85,8 Milliarden Euro geplant. Gegenüber ihrem Entwurf sinken die Ausgaben um 5,9 Milliarden Euro. Der Bund wird sich gleichwohl so stark neu verschulden wie nie zuvor und so viel ausgeben wie noch nie. Gegenüber dem Jahr 2009 steigen die Ausgaben um 9,3 Prozent.

In den Zahlen spiegeln sich die finanziellen Auswirkungen der internationalen Wirtschaftskrise, urteilten die Haushalts-

politiker Barthle (CDU) und Fricke (FDP). Die Opposition kritisierte, die geringere Neuverschuldung sei vor allem eine Folge der etwas besseren Wirtschaftslage. Gespart habe die Koalition so gut wie gar nicht.

Die größten Einsparungen gab es im Etat von Arbeitsministerin von der Leyen. Der Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit soll um 3,2 Milliarden Euro sinken. Die Gesamtausgaben ihres Ministeriums verringern sich auf 143,197 Milliarden Euro. Zudem profitiert der Bund vom niedrigen Zinsniveau. Der Ansatz für die Bedienung der Bundesschuld wurden um 1,6 Milliarden Euro gekürzt. Das Entwicklungsministerium bekommt 189 Millionen Euro mehr, das Wirtschaftsministerium 161 Millionen Euro weniger. Mitte März

will der Bundestag über den Haushalt abschließend beraten.

Die Koalition hat zugleich mit einem sogenannten Stabilisierungsgesetz Milliardenzuschüsse für die Sozialversicherungen beschlossen, um einen Anstieg der Beitragssätze zu verhindern. Neben dem Zuschuss von 12,8 Milliarden Euro für die Bundesagentur für Arbeit erhält der Gesundheitsfonds 15,7 Milliarden Euro. Das Gesetz enthält auch finanzielle Hilfen für Milchbauern und eine Erhöhung des Schonvermögens von Langzeitarbeitslosen von 250 auf 750 Euro je Lebensjahr. Der Haushaltsausschuss verhängte eine Sperre über Ausgaben für eine aktive Arbeitsmarktpolitik in Höhe von 900 Millionen Euro. (Siehe Wirtschaft, Seite 12.)

Überforderter Alleinunterhalter

Die Schiedsrichteraffäre bringt das „System Zwanziger“ im DFB ins Wanken / Von Roland Zorn

FRANKFURT, 5. März. Theo Zwanziger gab sich wie so oft entschieden, zupackend und eindeutig: „Wir haben den Fall transparent, aber mit der nötigen Vertraulichkeit gelöst. Das Ganze schadete uns nur, wenn wir Dinge unter den Teppich kehren würden. Das ist nicht der Fall.“ So sprach der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), nachdem am Münchner Landgericht I ein außergerichtlicher Vergleich zwischen dem Verband und dessen ehemaligem Schiedsrichterfunktionär Manfred Amerell geschlossen worden war. Demnach darf der DFB in einem Fall, bei dem es im Kern um Machtmissbrauch geht, weiter behaupten, dass Amerell einige Schiedsrichter „sexuell belästigt“ habe. Der bis vor kurzem im DFB-Schiedsrichterausschuss einflussreiche

Ausbilder und Benoter der Unparteiischen wiederum erhielt Akteneinsicht in die eidesstattlichen Erklärungen von vier bisher anonym gebliebenen Schiedsrichtern, die Amerell wie Bundesliga-Schiedsrichter Michael Kempter, der Auslöser des Schiedsrichterskandals, sexuell Übergriffe bezichtigt haben.

Wenige Stunden später kündigte der 62 Jahre alte Amerell in einer Fernseh-Talkshow an, dass er diese Referees verklagen werde. Dabei ist durchaus denkbar, dass auch der nicht ganz freiwillig von all seinen Fußballämtern zurückgetretene Amerell selbst noch Post vom Staatsanwalt erhält. Die Schlammschlacht um Sex, Lügen und Abhängigkeitsverhältnisse geht also weiter – und damit dürften auch der DFB und sein Präsident noch lange mit ei-

nem Fall zu tun haben, der bei allen Beteiligten Spuren und Verletzungen hinterlassen hat.

Dass Zwanziger, ein begnadeter Fest- und Trauerredner, mit der Bewältigung des manchmal grauen, in diesem Fall sogar teils schmutzlig anmutenden Alltags seine Schwierigkeiten hat, zeigt sich in diesen Wochen augenfällig wie nie, seit der 64 Jahre alte Jurist seinen Verband anführt. Er, der dem DFB mit viel persönlichem Engagement eine gesellschaftspolitisch gehörte Stimme verschaffte, hat sich in diesem Jahr oft wortreich verhaspelt und in die Bredouille gebracht. Und das zu einem Zeitpunkt, da der aus der Kleinstadt Altendiez stammende Zwanziger auf dem Gipfel seines Ansehens war. (Fortsetzung Seite 2; siehe Sport, Seite 28.)

Einigung über Militärflugzeug A400M

löv. BERLIN, 5. März. Nach monatelangen Verhandlungen ist entschieden: Das europäische Militärtransportflugzeug A400M wird trotz erheblicher Verzögerungen und Preisaufschläge beschafft. Darauf haben sich die sieben Bestellernationen und der Hersteller EADS/Airbus am Freitag geeinigt. Zuvor hatten sich die Rüstungs-Staatssekretäre und die EADS-Spitze abermals in Berlin getroffen. Es geht dabei um 180 Flugzeuge für mehr als 20 Milliarden Euro, davon 60 für Deutschland.

Weitere Missbrauchsfälle in Ettal und Regensburg

F.A.Z. FRANKFURT, 5. März. Am Freitag sind weitere Missbrauchsfälle in katholischen Internaten bekannt geworden. Ein von der bayerischen Benediktiner-Abtei Ettal eingesetzter Sonderermittler sagte, Vorwürfe wegen Schlägen und sexuellen Missbrauchs richteten sich gegen zehn Patres, er gehe von rund 100 Opfern aus. Das Bistum Regensburg bestätigte zwei Verdachtsfälle sexuellen Missbrauchs in den Reihen des Knabenchors „Regensburger Domspatzen“. (Siehe Seite 2.)

Annäherung zwischen Moskau und Kiew

M.L. MOSKAU, 5. März. Der neue ukrainische Präsident Janukowitsch und der russische Präsident Medwedjew wollen die Beziehungen zwischen ihren Staaten verbessern. Anlässlich Janukowitschs Besuch in Moskau vereinbarten sie einen ständigen Dialog und die Zusammenarbeit in Fragen der internationalen Politik. In einer gemeinsamen Erklärung hieß es etwa, dass die Teilnahme eines der Länder an wirtschaftlichen Integrationsprozessen die Zusammenarbeit nicht beeinträchtigen dürfe.



Briefe an die Herausgeber	7	Deutschland und die Welt	9	Menschen und Wirtschaft	17	Feuilleton	31
Bilder und Zeiten	Z1	Zeitgeschehen	10	Wetter	18	Schallplatten und Phono	34
Kunstmarkt	35	Wirtschaft	11	Finanzmarkt	19	Medien	38
Beruf und Chance	C1	Die Lounge	13	Kurse	22	Hörfunk	38
Die Gegenwart	8	Unternehmen	14	Sport	27	Fernsehen	39

Der Irak übt sich in Demokratie

Von Rainer Hermann

Zum dritten Mal seit dem Sturz Saddam Husseins wählen die Iraker am Sonntag ein neues Parlament. Schwere Anschläge, die Bagdad fast im Monatsrhythmus erschüttern, haben die Abstimmung nicht verhindern können. Aber auch diese Wählerentscheidung steht im Zeichen einer starken Polarisierung. Der Irak ist nach wie vor ein zerrissenes Land; nur allmählich werden trennende Gräben überwunden. Im Januar 2005 hatten die arabischen Sunniten die Wahl des verfassunggebenden Parlaments boykottiert, und kurz nach der Parlamentswahl im Dezember jenes Jahres stürzte das Land in einen Bürgerkrieg.

Seit etwa einem Jahr beschränken sich die Rivalen Nuri al Maliki darauf, die Arbeit des Parlaments zu blockieren. Die Verabschiedung des Wahlgesetzes hat sich deshalb so verzögert, dass die Stimmabgabe nicht mehr innerhalb der von der Verfassung vorgeschriebenen Frist stattfinden konnte. Überschattet wird die Wahl von dem Beschluss mächtiger Politiker der Regierungskoalition, mehr als 500 Kandidaten wegen des (nicht belegten) Vorwurfs zu disqualifizieren, sie sympathisierten mit der verbotenen Baath-Partei.

Diese Entscheidung hat dem Wahlkampf indes einen unerwarteten Schwung verliehen. Zunächst deutet vieles – sei es aus Verdruss über die Inkompetenz und schamlose Bereicherung der Politiker, sei es aus Angst um Leib und Leben am Wahltag – auf eine Wahlbeteiligung von weniger als fünfzig Prozent hin. Doch der Ausschluss von Saleh al Mutlaq, dem populärsten Politiker der arabischen Sunniten, treibt nun seine Anhänger an die Wahlurnen. Sie werden wahrscheinlich für säkulare Schiiten wie den früheren Ministerpräsidenten Iyad Allawi oder den früheren Innenminister Dschawad Bolani stimmen. Der schiitische Großajatollah Ali al Sistani hat zur Wahl aufgerufen, ohne eine Empfehlung zu geben.

Eine hohe Wahlbeteiligung wäre also die Folge von Mängeln der irakischen Demokratie und nicht ein Zeichen ihrer Reife. Doch Präsident Obama braucht das Attest fairer Wahlen und danach eine möglichst unkomplizierte Regierungsbildung, um trotz der Bedenken des Oberkommandierenden im Irak, General Odierno, am geplanten Abzug der amerikanischen Soldaten festhalten zu können. Der politische Einfluss Washingtons in Bagdad ist unverändert stark. Das zeigt auch das umstrittene Wahlgesetz, das ohne den Einsatz des amerikanischen Botschafters nicht zustande gekommen wäre. Odierno aber warnt nicht ohne Grund, dass die in letzter Zeit gewonnene Sicherheit schnell wieder zerrinnen könnte, falls die Verlierer den Ausgang der Wahl nicht akzeptieren oder die Regierungsbildung sich wie nach der letzten Wahl über Monate hinziehen sollte.

Ruppig dürfte es dabei auf jeden Fall zugehen. Denn von den fünf großen Parteienbündnissen, die sich herausgeschält haben, müssen sich wahrscheinlich mindestens drei auf eine Koalition einigen. Wie beim letzten Mal werden die Kurden die Königsmacher sein. Aber ihre möglichen Koalitionspartner sind zerstritten. Das Bündnis „Staat des Gesetzes“ Ministerpräsident Maliki spricht gläubige Schiiten an, die modern sein wollen und Nationalisten sind; die „Irakische Nationale Allianz“ der Geistlichen Ammar al Hakim und Muqtada al Sadr gilt als schiitisch-islamistische Allianz; die beiden Bündnisse der säkularen Schiiten Allawi und Bolani, „al Iiraqiyya“ und „Einheit des Iraks“, öffnen sich hingegen auch arabischen Sunniten.

Nationale Aussöhnung und der Aufbau stabiler Institutionen bleiben die wichtigsten Aufgaben.

Die Gegensätze zwischen den drei großen Bevölkerungsgruppen des Iraks verringern sich zwar, aber noch immer stimmen Schiiten für schiitische Parteien, Kurden für kurdische Parteien, und arabische Sunniten unterstützen sunnitische Kandidaten. Das ist möglich, weil nicht eine Liste, sondern der Kandidat auf einer Liste gewählt wird. Die Gruppe jener, die sich als Iraker und als irakische Nationalisten bezeichnen, wird zwar größer, aber in der fragilen Stabilität verspricht eine konfessionelle und ethnische Identität weiterhin Geborgenheit. Die nationale Aussöhnung und der Aufbau funktionierender staatlicher Institutionen bleiben auch für das neue Parlament und die nächste Regierung die wichtigsten Aufgaben.

Die großen Konflikte sind im Wahlkampf nicht einmal angesprochen worden: die Überarbeitung der unter einem Legitimationsdefizit leidenden Verfassung; die Verteilung der Öleinnahmen auf die Regionen und das Reizthema eines föderalen Staatsaufbaus. Eine Teilung des Iraks steht nicht mehr zur Diskussion, denn jede Volksgruppe hat erkannt, dass ihr der Einheitsstaat mehr Nutzen bringt als ein Auseinanderfallen in schwache Kleinstaaten. Nicht vom Tisch ist die Forderung nach einer Dezentralisierung, die den Provinzen und Gemeinden zu mehr Kompetenzen und eigenen finanziellen Mitteln verhelfen würde.

Der politische Prozess der vergangenen Jahre und der Erfolg im Kampf gegen die Gewalt haben dazu beigetragen, dass die Wunden der militärischen Intervention und des Bürgerkriegs zu heilen beginnen. Durch politische Intrigen vor der Wahl sind einige wieder aufgerissen. Aber vielleicht zeigt sich, dass die irakischen Wähler für die Demokratie schon reifer sind als die politische Klasse.



Der Herkulesaufgabe gewachsen? – Ein Demonstrant am Freitag vor dem Parlament in Athen, kurz bevor es dort gewalttätig wurde.

Foto Reuters

Das blaue Wunder

Noch können die Griechen nicht so recht fassen, was mit ihnen geschieht. Herr Papandreou ist schon müde, Herr Glynos scherzt noch, und Herr Balats sucht dringend eine neue Arbeit. Wie Griechenland mit der Krise umgeht. *Von Michael Martens*

Man möge sich ein wenig gedulden, der Ministerpräsident sei noch in einem Gespräch. In dem Saal, in den man die Gäste zum Warten geleitet, herrscht dieselbe Atmosphäre, die solchen Räumen auch in anderen Staaten und Regierungspalästen eigen ist: kostbare (oder zumindest sehr große) Teppiche, wuchtige Polstermöbel. Und natürlich die Regale, in denen in langen Reihen Bücher von exakt derselben Farbe und Größe stehen. Vielleicht sind es Nachschlagewerke zur Flora Westthakiens sowie die gesammelten Urteile des griechischen Verfassungsgerichts seit 1891. Oder es sind Möbelhausbücher, von innen hohl. „Wir sparen überall. Die Verwaltungsausgaben im Amt des Ministerpräsidenten wurden um fünfzig Prozent gekürzt“, sagt ein Berater des Regierungschefs. Ein Hausdiener in weißer Livree bringt dennoch Wasser und Kaffee.

Der Ministerpräsident trifft sich gerade mit den wichtigsten Gewerkschaftsführern des Landes. Bei ihm sitzen Männer wie Giannis Panagopoulos, der Vorsitzende des Dachverbandes der griechischen Gewerkschaften. Männer, die öffentlich sagen, dass Griechenland mehr Geld ausgeben müsse, nicht weniger. Um die Nachfrage anzukurbeln. Die meisten Gewerkschaftsführer gehören der Pasok an, der von Papandreou geführten Panhellenischen Sozialistischen Bewegung, doch darin erschöpfen sich derzeit die Gemeinsamkeiten zwischen ihnen und dem wichtigsten Politiker des Landes. Gerade erläutert Papandreou den Gewerkschaftlern die neuesten Sparmaßnahmen seiner Regierung. Frühere griechische Regierungschefs hätten erst mit den Gewerkschaftsführern gesprochen und dann überlegt, welche Reformen sie sich erlauben können, ohne das Land in einer Streikwelle untergehen zu lassen.

Die Zeiten sind vorbei. Wenn ein Schiff zu kentern droht, diskutiert der Kapitän nicht mit seinen Matrosen über eine Erhöhung der Heuer. Natürlich sei der Ministerpräsident manchmal erschöpft, es seien eben schwere Zeiten jetzt, sagt der Berater. Aber der Ministerpräsident werde das durchstehen, er verfüge schließlich über große Selbstbeherrschung und Disziplin. Er arbeite seit vielen Jahren mit Papandreou, und nur einmal habe er ihn richtig in Rage erlebt, versichert der Berater. Wober sein Chef sich geärgert hat, will er nicht verraten. Georgios Papandreou ist griechischer Ministerpräsident in dritter Generation, schon der Vater und der Großvater führten das Land. Doch mit dem Enkel wird die Dynastie wohl enden. Dessen Sohn Andreas, Jahrgang 1982, zeigt jedenfalls keine Neigung zur Politik, und die Tochter Margarita-Elena, geboren 1990, dem Vernehmen nach bisher auch nicht. Ein Protokollbeamter betritt den Saal. Es ist soweit, die Gewerkschaftsführer sind gegangen. Die große Flügeltür zum Kabinett des Ministerpräsidenten geht auf, Papandreou erscheint.

Ist es nur Einbildung, oder ist er tatsächlich gealtert? Wenn Georgios Papandreou dieser Tage öffentlich auftritt, merkt man ihm die Strapazen der vergangenen Wochen an. Die Fernsehbilder vermitteln den Eindruck, als sei dieser Mann müde. Früher, als Oppositionsführer, hatte er stets hellwach gewirkt. Kampfbereit, nahezu jugendlich. Während der Olympischen Spiele in Athen, im Sommer 2004, empfing er seine Gäste in kurzärmeligen Sporthemden und Turnschuhen, ein lässiger Repräsentant seines Landes. Das waren die leichten Jahre, als Papandreou Sätze sagen konnte wie: „Wir müssen mehr in menschliche Fähigkeiten investieren, in Bildung, Forschung und Entwicklung. Wir brauchen ein Wachstum, das sich nicht nur auf große Infrastrukturprojekte verlässt. Die griechische Wirtschaft ist derzeit nicht wettbewerbsfähig.“

Wie gesagt, die Zeiten sind vorbei. Papandreou muss regieren. Und zwar auf die harte Tour. Die Fernsehbilder haben

nicht getrogen: Er ist zwar wie stets freundlich, aber er wirkt auch müde. Eine Dreiviertelstunde lang wird er nun über Bürokratieabbau und Steuerreform, Rentenkassen und Bankenwesen, die Unberechenbarkeit der Märkte und Maßnahmen zum Abbau des Haushaltsdefizits sprechen. Das sind eigentlich nicht seine Themen. Papandreou ist ein Außenpolitiker. Viel lieber spräche er jetzt über eine Reform des UN-Sicherheitsrates oder den richtigen Umgang mit dem iranischen Atomprogramm. Aber nach solchen Dingen fragt ihn derzeit niemand. Alle wollen immer nur von ihm wissen, wie er die Korruption im griechischen Gesundheitswesen und die Mängel in der Athener Statistikbehörde bekämpfen werde.

So hat er sich den Beginn seiner Regierungszeit bestimmt nicht vorgestellt. Zum Abschied antwortet er auf die Bemerkung, er werde nun wohl, gezwungenermaßen, als Reformier in die Geschichte seines Landes eingehen: „Ich hoffe, ich werde gut in sie eingehen.“

Dazu müsste er das schwarze Loch besiegen, das Herr Glynos erforscht. Das schwarze Loch sind die vielen, sehr vielen Beamte, die Griechenland in den Zeiten produzierte, die nun vorbei sind. Es

wäre irreführend, sie als Staatsdiener zu bezeichnen, denn viele dienen vor allem sich selbst. Im Auftrag der griechischen Zentralbank erarbeitet Georgios Glynos eine Studie darüber, wie die Abermilliarden Fördergelder eingesetzt wurden, die Europa via Brüssel in den vergangenen Jahrzehnten nach Griechenland, also in jenes schwarze Loch überwiesen hat. Einen besseren Autor hätte die Nationalbank kaum finden können, Glynos kennt sich aus. Er war selbst Beamter. Allerdings ein ausnehmend fleißiger, sagen die Leute. Mehr als zwanzig Jahre lang vertrat er die Interessen seines Landes gegenüber Brüssel. Er war auch an den Verhandlungen über den Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1981 beteiligt.

Herr Glynos besitzt große Sachkenntnis und obendrein jene Art von selbstironischem Humor, die in den Gesellschaften des Balkans selten ist: „Inzwischen kennt die Geschichte ja jeder – es gibt Lügen, verdammte Lügen und griechische Statistiken. Dabei sind 99 Prozent der griechischen Statistiken eigentlich recht gut. Aber das eine Prozent, das nicht gut ist, macht uns wirklich zu schaffen.“ Zwar seien auch andere EU-Staaten nie abgeneigt gewesen, ihre Statistiken zu

Das Wunder geschah am Ende einer mittellangen Fahrt, irgendwann am Nachmittag, am Syntagma-Platz vor dem Parlament. Das Taxameter in seinem Taxi zeigte einen niedrigen zweistelligen Betrag an, zum Beispiel elf Euro und dreißig Cent. Und da geschah es: Herr Balats verlangte genau diesen Betrag. Elf Euro und dreißig Cent. Keinen Aufschlag, keine Zulage, keine Sondergebühr aus Grund x oder y. Herr Balats ist ein ehrlicher Taxifahrer in Athen. Man könnte sogar sagen, Herr Balats sei der ehrliche Taxifahrer von Athen, täte man damit nicht einem oder zwei seiner Kollegen unrecht.

Darauf angesprochen sagte er einmal: „Am Flughafen warten die Taxifahrer oft drei oder vier Stunden, und wenn sie dann endlich einen Passagier haben, versuchen sie aus ihm so viel Geld wie möglich herauszupressen. Klar, jeder muss Geld verdienen. Aber das berechtigt uns doch nicht, unsere Mitmenschen auszurauben.“ Vielleicht ist Herr Balats auch deshalb anders als viele seiner Kollegen, weil er erst nach einem beruflichen Schicksalsschlag vor einigen Jahren zum Taxifahrer geworden ist. Panagiotis Balats ist fünfzig Jahre alt und hat ein buntes Leben hinter sich. Er wurde in Athen geboren, wuchs in Melbourne auf und kam als junger Mann wieder zurück nach Griechenland. Bis vor einigen Jahren hatte er eine eigene Firma. Er betrieb einen Marmorsteinbruch und verkaufte die bearbeiteten Platten weiter. Dann ging ein Großkunde, dem Herr Balats Marmorplatten im Wert eines halben Jahresumsatzes geliefert hatte, in Konkurs – das war auch das Ende für sein Geschäft.

So erzählt er das jedenfalls, und da er als Taxifahrer ehrlich ist, werden wohl auch die Geschichten aus der Zeit davor stimmen. Wenn er klug gewesen wäre, sagt er heute, hätte er sich in den neunziger Jahren eine Taxilizenz gekauft. Das wäre ein besseres, vor allem ein sicheres Geschäft gewesen. „Die achtziger und die neunziger Jahre, das waren die goldenen Zeiten für Taxibesitzer.“ Tatsächlich galt eine Taxilizenz lange als sichere Investition. Eine Anlage im Mobiliengeschäft brachte mehr Geld als der Kauf einer Wohnung.

Begehrte sind die Lizenzen immer noch. Da die Stadt keine neuen mehr ausgibt, werden die existierenden auf einer Art Börse gehandelt. In manchen Familien werden sie auch vom Vater auf den Sohn vererbt. Eine Taxilizenz für die griechische Hauptstadt kostet zwischen 160 000 und 200 000 Euro. Für das Geld könne man zwar auch eine Eigentumswohnung kaufen, aber damit sei bei weitem nicht so viel zu verdienen, versichert Herr Balats und rechnet es vor: „Ich habe keine eigene Lizenz. Deshalb muss ich 90 Euro am Tag an den Besitzer zahlen, also 2700 Euro im Monat. Benzin und Reparaturen gehen sowieso auf mich. Eine Wohnung kann man bestimmt nicht für 2700 Euro im Monat vermieten, wenn es kein Palast ist.“

Noch liegt der Standardpreis für die Miete einer Taxilizenz in Athen bei 90 Euro pro Tag, doch die Tarife sinken. Es lohnt sich nicht mehr für die Fahrer. „Ich arbeite von neun Uhr morgens bis Mitternacht, meistens sieben Tage die Woche. Im Schnitt nehme ich 150 Euro am Tag ein“, sagt Herr Balats. Zwar hat er das Taxi für die Nachtstunden untervermietet, so dass zu den 1800 Euro, die sich aus seiner Rechnung als monatlicher Höchstverdienst ergeben, noch etwas hinzukommt. „Aber es lohnt sich trotzdem bald nicht mehr.“ Seit einigen Monaten überlegten es sich die Leute zweimal, ob sie mit dem Taxi fahren, sogar Stammkunden blieben weg. Wenn jetzt noch die Mehrwertsteuer erhöht und das Benzin teurer werde, bleibe ihm noch weniger am Monatsende. Deshalb werde er mit dem Taxifahren aufhören, sobald er etwas Besseres finde. „Die Krise fängt erst an“, sagt Herr Balats.

manipulieren, „aber wir haben da wohl etwas übertrieben. Es ist eine Sache, ein wenig mit den Zahlen zu spielen. Es ist eine andere, solche Zahlenspiele zur staatlichen Politik zu machen“.

Herr Glynos befindet sich noch am Beginn seiner Forschungen. Das Ergebnis der Studie, die er in Zusammenarbeit mit mehr als einem Dutzend Wissenschaftlern und Fachleuten erstellt, wird keinesfalls noch in diesem Jahr vorliegen, denn Herr Glynos arbeitet gründlich. Er will auch die bereits vorliegenden Untersuchungen zum griechischen Umgang mit europäischen Fördergeldern überprüfen, da er ihnen nicht traut: „Wir werden die Bewertungen bewerten.“

Griechenland, so lautet eine häufig zu hörende Ansicht, habe mit dem Geld aus Brüssel zu viele Brücken, Autobahnen und Tunneln gebaut und zu wenig Universitäten. Viel Beton, wenig Bildung. Herr Glynos hat eine andere These. Eher gebe es in Griechenland heute zu viele Universitäten, nur am falschen Ort: „Jahrelang wurden in der tiefsten Provinz des Landes kleine Universitäten oder technische Hochschulen

gegründet. Man hat das als Mittel der Regionalpolitik betrieben, ohne Rücksicht auf die Qualität des Bildungsangebots.“ Es gebe zwar ruhmreiche Ausnahmen, aber vielfach seien die Provinzuniversitäten schlicht nicht gut.

Überraschend ist das nicht. Anders als Deutschland ist Griechenland ein stark zentralisiertes Land. Jenseits von Athen spielt sich wenig ab, abgesehen allenfalls von Thessaloniki. Viele junge Leute haben kein Interesse daran, ihre Studienjahre irgendwo in einem Nest in Epirus oder auf einer Ägäisinsel zu verbringen. Zumal dann nicht, wenn sie ehrgeizig sind. Gute Professoren sind nämlich noch schwieriger in die Provinz zu locken. „Dennoch bekam in den vergangenen Jahrzehnten nach und nach fast jede Region ihre Hochschule, ungeachtet der Qualität von Lehre und Forschung. Reine Geldverschwendung“, sagt Herr Glynos, der auch die Professoren gern stärker in die Pflicht genommen sähe. Dass einige der älteren von ihnen sich standhaft weigerten, den Umgang mit Computern zu lernen, sei nicht akzeptabel.

Griechenland wartet also auf ein Wunder, ein großes Wunder, ungefähr so groß wie das Wunder, mit dem Panagiotis Balats auf sich aufmerksam gemacht hat.

Die Lounge

Keine Sterne in Athen:
*Europa ist für die Griechen
Verheißung und Drohung
zugleich. Hier weht die
Fahne der EU vor der
Akropolis in Athen.*



Die Welt schaut auf Athen. Ein Bankrott Griechenlands könnte eine ähnlich verheerende Wirkung haben wie seinerzeit die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers. Damals schaute die globalisierte Finanzwirtschaft kurzzeitig in den Abgrund. Nun geht die Sorge um, wenn Athen fällt, reißt es andere Länder mit. Damit wäre Hellas ein „systemisches“ Risiko, wie der Dominoeffekt in der Sprache der Märkte heißt. So hält das Defizit und seine Finanzierung nicht nur die Regierung in Athen in Atem, sondern auch die EU-Partner, Deutschland, Angela Merkel. Zur Dramaturgie der Woche passt, dass an ihrem Ende der Besuch des griechischen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou im Kanzleramt steht.

Das Szenario ist erschreckend: Wenn die Griechen patzen, wird nicht nur das Misstrauen gegen weitere Länder mit hohen Schulden wachsen. Dann müssen auch die Banken und Versicherungen, die viele Euro nach Athen getragen haben, ihre Forderungen kräftig abschreiben – und das in einer Zeit, in der sie die schwerste Finanzkrise seit den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts noch nicht verdaut haben.

Betroffen wären in Deutschland so einige: zuvorderst der Staatsfinanzierer Hypo Real Estate, den die große Koalition verstaatlicht hat, um Schlimmeres in der Finanzkrise für den Staatshaushalt zu verhindern. Neue Ausfälle träfen damit unmittelbar den Bund. Auch die Commerzbank, die sich ebenfalls zu einem Gutteil in Staatsbesitz befindet, hätte weitere Abschreibungen zu verkraften. Dritte im Bunde der Verlierer wäre die Postbank. Dies würde den Mutterkonzern Deutsche Bank treffen.

Das Frankfurter Institut hat daher ein ureigenes Interesse an einer Stabilisierung Griechenlands. Der Vorstandsvorsitzende Josef Ackermann tauchte auf einmal in Athen auf, wo er der Regierung zu Füßen der Akropolis mit Rat und Tat zur Seite stehen wollte, möglicherweise auch in der Hoffnung auf lukrative Emissionsgeschäfte. Er ist jedenfalls nicht im Auftrag der Bundesregierung unterwegs. Nach dem Ärger um sein Geburtstagsessen, das ihm Angela Merkel im Kanzleramt ausgerichtet hat, gilt das Verhältnis als zerrüttet.

Die Folgen eines Nicht-Helfens sind kaum abzusehen – doch dummerweise sind es ebenso die Konsequenzen des Helfens. So versucht Angela Merkel die Sache auszusitzen, den Druck auf die Griechen aufrechtzuerhalten, damit diese ihr Defizit senken und so die Märkte beruhigen. Das ist das Beste, was sie in der Situation machen kann. Egal, was sie jetzt täte, es wäre verkehrt. Doch droht ihr nach wie vor ein Dilemma: Wenn die Situation eskaliert und sie nicht hilft, dann droht der Dominoeffekt, dann setzt sie sich dem Vorwurf aus, europäische Solidarität vermissen zu lassen. Wenn sie dem gebeutelten Land hilft, werden dagegen die Anstrengungen der Regierung in Athen schnell erlahmen, das Ihre zu tun. Dann muss Merkel den Deutschen erklären, warum alles anders kommt, als ihnen beim Abschied von der D-Mark versprochen worden ist, warum Deutschland die Griechen heraushauen muss – obwohl diese weniger Steuern und Abgaben zahlen, früher in Rente gehen und sich mehr Staatsbedienstete leisten.

Natürlich hat sich die Bundesregierung auf den Fall des Falles vorbereitet. Der Plan B liegt in der Schublade, und dort soll er bleiben. Keiner soll über Instrumente, Wege, Zeitabläufe reden, aber klar ist, wenn Not am Mann sein sollte, wird es schnell gehen, binnen weniger Tage wäre dann das Geld auf dem Konto der Regierung in Athen. Auf EU-Ebene hat man über Auffanglösungen gesprochen, so wollte man die Märkte beruhigen. Denn je größer dort das Misstrauen gegen die griechische Regierung ist, desto höhere Risikoaufschläge muss Athen bezahlen, um seinen Kreditbedarf decken zu können, was die Lücke im Etat weiter vergrößert – ein Teufelskreis.

Klar ist aber auch: Wenn die europäischen Partner den Griechen nicht nur mit Worten, sondern ganz real beispringen sollten, dann hat das Folgen. Die sogenannte Viererbande, die in den neunziger Jahren vor das Bundesverfassungsgericht gezogen ist, um die Euro-Einführung zu verhindern, steht schon Gewehr bei Fuß. „Wir sind zur Klage bereit“, sagt der Tübinger Wirtschaftswissenschaftler Joachim Starbatty drohend. Mit dem Ökonomen Wilhelm Hankel, dem Juristen Karl-Albrecht Schachtschneider und dem ehemaligen Zentralbankrat Wilhelm Nölling will er verhindern, dass es zum „bail out“ kommt, dem Heraushauen der Griechen. Dann mutiere die Wirtschafts- und Währungsunion endgültig zu einer Transfer- und Haftungsgemeinschaft, argumentiert er. Andere gefährdete Länder könnten dann auf finanzielle Hilfen bauen, so dass ihre eigenen Anstrengungen nachließen, ihre Haushalte zu sanieren und ihre Wirtschaft wettbewerbsfähig zu machen. „Da wird ein Fass ohne Boden aufgemacht.“ Das habe man ausgeschlossen, um die Kräfte Deutschlands nicht zu überstrapazieren.

Doch was wäre ein verbotenes „bail out“: nur der direkte Kredit oder schon die Garantie über die Staatsbank KfW? So klar und eindeutig die Regeln im „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV) auch sind – jegliches Umgehungsgeschäft können sie nicht ausschließen. Dies ist ein Schicksal vieler Gesetze, wie nicht nur aus dem Steuerrecht bekannt ist. Klar ist: Nicht nur die EU und die EZB dürfen Griechenland keine Finanzspritze verabreichen. Das Verbot gilt gleichermaßen für die ein-

Weißer Rosen aus Athen

Berlin wartet auf den Griechen – im Blick die Gefahr, dass das Euro-Mitglied bankrottgeht. Ein kleines Land wird zu einem großen Problem.

*Von Manfred Schäfers
und Joachim Jahn*

zelen Mitgliedstaaten sowie für deren Zentralbanken. Ob es sich aber auch auf die deutsche Staatsbank KfW erstreckt, könnte verbindlich nur der Europäische Gerichtshof (EuGH) entscheiden. Die Auslegung der Artikel 122 bis 125 AEUV durch noch so kundige Juristen zählt da am Ende wenig.

Als Hintertür könnte sich etwa eine Ausnahmeklausel für „Kreditinstitute in öffentlichem Eigentum“ erweisen, die nach dem Vertragswerk als Privatbanken zu behandeln sind. Dass die EuGH-Richter jemals mit dem Fall befasst werden, ist ohnehin recht unwahrscheinlich. Wenn die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission sich auf ein Hilfspaket einigen, fehlt es an einem Kläger. Denn Privatpersonen wie Starbatty oder auch Unternehmen können die Luxemburger Richter schlichtweg nicht anrufen. Und das Bundesverfassungsgericht könnte, wie dessen ehemaliger Richter Paul Kirchhof meint, zwar vom Bundestag, einem Landtag oder auch von einzelnen Abgeordneten eingeschaltet werden. Bürger haben hingegen auch nach seiner (sowieso schon recht freizügigen und durchaus umstrittenen) Einschätzung in dieser Angelegenheit keine Klagebefugnis in Karlsruhe.

Auffällig ist, wie häufig Politiker in diesen Tagen über „Spekulationen gegen

den Euro“ wettern, obwohl diese keineswegs bewiesen sind. Womöglich wird hier eher eine Hilfsargumentation für die Justizfront aufgebaut: Wenn ein Staat nämlich unverschuldet in Not geraten ist, darf die Gemeinschaft ihm helfen. Für gefälschte Statistiken und überschuldete Haushalte in Athen gilt diese Sonderregel im AEUV sicher nicht. Würde man jedoch die dortige Regierung als Opfer bössartiger Finanzjongleure einstufen, dürften ihr Brüssel und Berlin unter die Arme greifen.

Die Büchse der Pandora will die Bundesregierung geschlossen halten. Am liebsten reden die Mitglieder so wenig wie möglich über den Fall des Falles. Wirtschaftsminister Rainer Brüderle pocht lieber auf das Verursacherprinzip. Es gelte auch für Griechenland. Ein „bail out“ könne nicht die Lösung sein. „Jedes Land muss seine Hausaufgaben erfüllen“, sagte der FDP-Politiker Dienstagabend auf einer Feier der Initiative Soziale Marktwirtschaft. Anschließend entschwand er zum vertraulichen Gespräch mit Merkel, Außenminister Guido Westerwelle (FDP) und Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen (SPD). Konkrete Ergebnisse hatte das Treffen nicht, sollte es nicht haben, musste es auch nicht.

Denn die Griechen scheinen die Boten der Märkte, der Bundesregie-

rung, der EU-Kommission verstanden zu haben. Das Kabinett in Athen beschloss am Mittwoch, die Verbrauchsteuern zu erhöhen, die Renten einzufrieren und die Einkommen für die Staatsbediensteten zu kürzen sowie weitere Ausgaben im Haushalt zu streichen. So will man das Versprechen einhalten, das Staatsdefizit dieses Jahr um 4 Prozentpunkte zu senken. Die Schätzung für 2009 liegt bei 12,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Zwar kam es nach den Sparbeschlüssen zu Demonstrationen in Athen, aber sie hielten sich angesichts der radikalen Einschnitte in Grenzen. Dass die Lage ernst ist, haben offenbar die meisten verstanden. Nana Mouskouri hat dazu beigetragen. Die Sängerin, deren größter Hit „Weiße Rosen aus Athen“ war, teilte mit, sie schenke vorläufig dem Land ihre Rente, die ihr als ehemaliges Mitglied des Europa-Parlaments (1994 bis 1999) zustehe.

Das Warten auf die Griechen hat sich für Merkel gelohnt. Das Land brachte am Donnerstag eine mit Spannung erwartete zehnjährige Anleihe im Volumen von fünf Milliarden Euro an den Kapitalmarkt, die reißenden Absatz fand. Geld oder Garantien aus Berlin brauchte Papandreou erst einmal nicht. So löst sich am Ende der Woche alles in Wohlgefallen auf – zumindest bis auf weiteres.



Auf einen Espresso

Rechenkünstler unter sich

Von Holger Appel

Wir haben uns diese Woche zwei Dinge vorgenommen: Wir bitten Sie, liebe Leserinnen und Leser, um Mithilfe bei der Lösung existentieller Probleme, die mittels bohrender Fragen aus Kindesmund und der Barsch'schen Philosophie des Qualitätsradiosenders SWR 3 über uns gekommen sind. Zum Beispiel diese: *Was zählen Schafe, wenn sie nicht einschlafen können?*



ZUM ANDEREN wollen wir Ihnen mit einer Fülle guter Nachrichten dienen. Also los: In den Banken sind wieder Vernunft und Bescheidenheit eingekehrt, die Gehaltsexzesse sind vorbei. Kenneth Lewis, der abgetretene Chef der Bank of America, erhält zum Abschied nur 83 Millionen Dollar. 57 Millionen davon sind Pensionsansprüche, was uns ein wenig griechisch vorkommt. Zudem habe Lewis die von ihm geführte Bank mit der waghalsigen Übernahme der Investmentbank Merrill Lynch ins Straucheln gebracht, mögen Sie als sachkundiger Leser des Wirtschaftsteils einwenden. Ja, ja, schon wahr, dafür ist er aber auch ein Musterbeispiel für die immer wieder geforderte Zusammenführung von Chance und Risiko. Für das letzte Jahr seines leicht suboptimalen und mit 45 Milliarden Dollar Staatsgeld gestützten Wirkens hat der Mann nämlich auf sein Gehalt verzichtet. Das finden wir aller Ehren wert und wünschen ihm, dass er sich fortan nicht allzu sehr einschränken muss. *Dürfen Führungskräfte nur Leitungswasser trinken?*



ANGESICHTS SOLCHER Erfolgsgeschichten ist es kein Wunder, dass sich die Spitzenbanker der britischen HSBC wie Hungerlöhner vorkommen. Die haben denn auch sogleich in der City einen Streit vom Zaun gebrochen, weil nur drei Jungs aus ihrem Topmanagement mehr als 10 Millionen Euro verdienen. Ein paar kleingeistige Aktionäre wollen die überfälligen Gehaltserhöhungen verhindern, doch mit ein wenig Nachdenken werden auch sie zu dem Schluss kommen, dass unterhalb dieses Grundgehalts keine qualifizierte Arbeitskraft zu bekommen ist. *Warum kann ich mir im Auto einen Zug holen, aber im Zug kein Auto?*



DIE KÖLNER STADTVÄTER sollten das bedenken, wenn Sie mal wieder eine U-Bahn bauen wollen. Qualität kostet. Eine läppische Milliarde wird da verbuddelt, nur 320 Millionen Euro mehr als geplant, das kann nichts werden. Gut, der eine oder andere Fachmann hatte schon vor Jahren auf Mängel hingewiesen, aber das kann einen rechten Jecken nicht erschüttern. Nun wird eben das unterste Stockwerk geflutet, nicht geflutet, geflutet, nicht geflutet, man weiß es nicht genau. Ist ja auch schwierig, so eine Entscheidung. Die U-Bahn müsste fortan wasserdicht sein, jedenfalls an Tagen, an denen der Rhein seinen Pegel hebt, und an der Haltestelle sollten Sauerstoffflaschen bereitstehen. Wir finden das eine hübsche Herausforderung für die Zughersteller, und wenn man ein Fenster da unten in den Beton einlässt, kann die Kölner Seaworld eine richtige Touristenattraktion werden. So spülte die Unterwasser-Bahn noch Geld in die Kasse, und die Stadt müsste ihre Bürger nicht um Geld anpumpen wie Quickborn oder Schlaglöcher verkaufen wie Niederzimmern. *Sind Zebras schwarz mit weißen Streifen oder weiß mit schwarzen Streifen?*



ANDERERSEITS BÖTE sich womöglich an, einfach eine komplette U-Bahn zu kaufen. In Griechenland, zum Beispiel. Die bringen nicht nur eine milliardenschwere Ouzo-Anleihe erstaunlich reibungslos unters Volk, sondern sollen, wie deutsche Politiker empfehlen, auch Inseln und sonstiges Staatseigentum verscherbeln. Die Metro Athen existiert schon seit 1869 und hat sich in nur 140 Jahren zu einem Schmuckstück entwickelt, ein Musterbeispiel für Ästhetik, Architektur, reibungslosen Betrieb und Sauberkeit, wie es heißt. Von wegen, der Grieche bekommt außer Gyros und Generalstreik nichts richtig hin. Nur mit dem Rechnen hapert es ein wenig, aber da ist er nicht allein. Der ehemalige Automobilgigant General Motors hat diese Woche angekündigt, nun aber auch wirklich alles für seine schlingierende Tochtergesellschaft Opel zu tun. 3,7 Milliarden Euro soll die Sanierung kosten, General Motors will 1,9 Milliarden geben. Bleibt welche Differenz? Richtig, null. Und damit sind wir schon bei der letzten Frage aller Fragen: *Wie-so passiert immer genau so viel, wie in die Zeitung passt?*